

Integration von Ausländern als ein Miteinander von Anfang an

Möglichkeiten und Chancen bürgerschaftlichen Engagements für das gemeinsame Aufwachsen und Lernen von Kindern und Ju- gendlichen mit und ohne Migrationshintergrund

Miteinander von Anfang an – das war das Motto einer Tagung der Aktion Gemeinsinn vom 6. – 7. 10. 2006 in Gelnhausen. Nach dem Aufruf von Frau Cornelia Sonntag-Wolgast im Namen des Vorstandes der Aktion Gemeinsinn vom 4. April 2006, die Einbürgerung von Ausländern weltoffen und human zu gestalten, diskutierten Vertreter aus Bund, Ländern und Gemeinden, NROs, Bürgerinitiativen, Ausländerbeiräte, Menschen und Akteure, die mit Migrantinnen und Migranten vor Ort arbeiten, die Voraussetzungen für eine gelungene Integration. Die Vorsitzende der Aktion Gemeinsinn, Christel Riemann-Hanewinkel, machte darauf aufmerksam, dass Migration ein weltweites und keineswegs neues Phänomen ist. Mit Hinweis auf die vor 500 Jahren von Europa ausgegangene Migration forderte sie, auch die positiven Seiten zu sehen, die u.a. im Bildungs- und Geldtransfer (die finanzielle Unterstützung von Familien in Herkunftsländern übersteigt die internationale Entwicklungshilfe) lägen und in Zeiten der Globalisierung eine neue Bedeutung bekämen. Die Debatte darüber, in welcher Form Migration die Gesellschaft eher bereichert als bedroht, prägte den Tagungsverlauf.

Prof. Rita Süßmuth zeigte in ihrem Tagungsbeitrag, dass dort, wo den Beteiligten selbst Verantwortung übertragen wird, große Integrationsleistungen der Zivilgesellschaft möglich sind, und forderte deshalb auch das Kommunalwahlrecht für Ausländer aus Staaten außerhalb der EU. Als positive Beispiele für Bemühungen um eine bessere Integration nannte sie internationale Gärten, Mieteraktivierung im Wohnbereich sowie das Engagement von Hamburger Unternehmen für Schüler mit schlechten Noten. Bildung und Arbeit sind aus ihrer Sicht die Schaltstellen der Integration. Hier sei noch viel zu tun. PISA zeige die Mängel unseres Bildungssystems: „Wir fangen zu spät an und selektieren zu früh.“ Das führe dazu, dass die sozial Schwachen und viele Migranten bei der Bildungsförderung zu kurz kämen. Prof. Süßmuth forderte dazu auf, die gegenwärtige Situation als hoffnungsvollen Übergangsprozess zu sehen. Mehrsprachigkeit sollte als Chance erkannt werden. Gemeinsamkeiten müssten nicht in einer Leitkultur, sondern in einer demokratischen Kultur gesucht, Anderssein und Vielfalt anerkannt und Identität als Prozess gesehen werden. Nicht die starke Zuwanderung der vergangenen Jahre sei das Problem, sondern ihre Gestaltung.

Prof. Christian Pfeiffer fragte in seinem Referat danach, was Kinder und Jugendliche, deren Eltern zugewandert sind, für eine normale Entwicklung brauchen. Sein 12-Punkte-Katalog setzt bei einer Betreuung der Mütter bereits während der Schwangerschaft an, betont die Notwendigkeit von qualitativen Ganztageeinrichtungen mit guter Sprachförderung schon im Kindergarten und lebenspraktischer Orientierung der Schule, Unterstützung der Kinder durch ehrenamtliche Nachhilfe und regelmäßige Beratungsangebote im Unterricht, die Einschränkung des Medienkonsums mit Hilfe von Alternativangeboten, eine intensive Beratung von Familien zwecks Eindämmung innerfamiliärer Gewalt, eine ausgeglichene Mischung von ausländischen und deutschen, bildungsstarken und –schwachen Kindern und nicht zuletzt einen Islamunterricht durch in Deutschland ausgebildete Islamlehrer. Prof. Pfeiffer forderte ein stärkeres Engagement gegen die Diskriminierung von Ausländern; aus seiner Sicht fördert Gerechtigkeit die Integration, Ungerechtigkeit untergräbt sie.

Prof. Barbara John unterstützte die Forderungen von Prof. Pfeiffer nach mehr Ganztagschulen und deutschsprachigem Islamunterricht. Sie sieht das Problem allerdings hauptsächlich in der Zuwanderung niedrig gebildeter Menschen und in der Schwierigkeit, diese untere Schicht, die oft aus rein materiellen Gründen kam, aus ihrer Konsumhaltung herauszuholen. Für sie sind – ähnlich wie für Prof. Süsmuth – Städte weltweit Lebensräume für Migranten. Dass sich viele in Wohngebieten zusammenschließen, wo sie auf ehemalige Landsleute treffen, sei nicht zu verhindern. Im übrigen bildeten solche Gebiete auch einen Schutzraum für die Zugewanderten und die Chance, Netzwerke zu bilden. Integration sei aber trotz Segregation möglich und vor allem über Anreize zu erreichen. Sie nannte Beteiligung, Aufstiegsmöglichkeiten durch Bildung, Teilhabe am Arbeitsmarkt und das Angebot der Staatsbürgerschaft unter passablen Bedingungen. Diese seien mit dem reformierten Einbürgerungsrecht gegeben. Die Frage, wie ein partnerschaftliches Zusammenleben zwischen Einheimischen und Zugezogenen in Gebieten mit vorwiegend ausländischer Bevölkerung zu ermöglichen sei, beantwortete sie mit zwei zentralen Forderungen: der Notwendigkeit des gesteuerten Lernens beginnend in Kindergärten mit qualifiziertem Personal für Deutsch als Fremdsprache (Problem sei nicht die Mehrsprachigkeit, sondern die Sprachlosigkeit, die geistige Armut) und der Notwendigkeit, die Eltern zu aktiver Kommunikation mit ihren Kindern zu bewegen. (Beispiel Kanada: Dort werden an Eltern Neugeborener Mützen mit der Aufschrift „Speak to me“ vergeben.) Die Bildungsinstitutionen müssten im Mittelpunkt der Integrationsbemühungen stehen; denn wo Schule die Grundbildung nicht leiste, seien meist teure Zusatzprogramme nutzlos. Wichtig seien auch verbindliche Festlegungen bezüglich der Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Prof. John hält viel von der Idee, Wohngebiete zu Integrationskernen zu machen. Gefordert seien hier die Wohnungsbaugesellschaften, die durchaus Interesse an sozialen Einrichtungen in den Wohnsiedlungen hätten. Es gebe viel Bewegung und Ak-

tivitäten in der Szene; die positiven Beispiele müssten aber auch bekannt gemacht werden.

In drei Arbeitsgruppen wurde vor dem Hintergrund der theoretischen Grundlagen die Integrationsarbeit des Dachverbandes türkischer Elternvereine, der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) und des Vereins „Pflaster e.V.“ aus Halle/Saale diskutiert.

Auch die türkischen Elternvereine fordern Mehrsprachigkeit, mehr Ganztagschulen und eine bessere Elternschulung. Darüber hinaus sei es aber wichtig, jungen Menschen eine Perspektive in der deutschen Gesellschaft zu geben und sie über vielfältige Kontakte als Gleichberechtigte und Gleichwertige einzubinden. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Frage, wie die Offenheit nicht nur bei der deutschen Mehrheitsgesellschaft sondern auch bei den türkischen Einwanderern erreicht werden könne. Interkulturelle Kompetenz scheint auf beiden Seiten gefragt.

Als ein Sonderfall zeigte sich die Integrationsarbeit der ZWST, da es sich bei den jüdischen Zuwanderern meist um besser Qualifizierte handelt. Hier sind vor allem spezielle Hilfen zur Anpassung an das deutsche Bildungs- und Berufssystem, Maßnahmen zur Nachqualifizierung, allgemeine Informationen über den deutschen Staat und die deutsche jüdische Gemeinde sowie Ratschläge bei der Lösung von Alltagsproblemen notwendig. Schwierigkeiten ergeben sich vor allem aus falschen Erwartungen und dem gesellschaftlichen Abstieg von Zuwanderern aus der Mittel- und Oberschicht.

Am Beispiel der Arbeit des Vereins „Pflaster e.V.“ wurden nicht nur zahlreiche konkrete Möglichkeiten von Integrationshilfen aufgezeigt, sondern auch Stärken und Grenzen des ehrenamtlichen Engagements diskutiert. Der Gründer des Vereins, Frank Männicke, forderte angesichts der hohen Arbeitslosigkeit eine neue Bewertung des Ehrenamtes. Der Schwerpunkt der Diskussion lag auf der Notwendigkeit der Sprachförderung als Integrationsvoraussetzung. Nur so könnten Informationen genutzt werden, an deren Verständnis bereits viele Jugendliche scheiterten. Im Blick bleiben müsse aber auch der andersartige kulturelle Hintergrund, um Verständnisproblemen begegnen zu können.

„Miteinander von Anfang an“ – das war nicht nur das Thema der Tagung, sondern auch die zentrale Forderung aller Mitwirkenden. „Hinter jeder gelungenen Integration steht ein deutscher Mentor“, meinte einer der Teilnehmer. Die Vorstandsvorsitzende der Aktion Gemeinsinn, die ehemalige Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesinnenministerium Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, fasste die Tagungsergebnisse wie folgt zusammen: " Nur wenn Nachbarn und Freunde ihre Hilfe und ihr Wissen anbieten, kann es mit der Integration von Kindern aus Migrantenfamilien wirklich vorangehen. Die staatlichen Institutionen allein werden das nicht schaffen. Chancen ergeben sich zum Beispiel aus freiwilligen Angeboten für "Sprach-Stunden", für kostenlosen Nachhilfeunterricht oder aus gemeinsamen Unternehmungen mit deutschen und ausländischen Kin-

dern. Unterstützenswert ist auch das Bemühen türkischer Elternvereine, die Beteiligung von Migranten an Elternräten und Klassenbeiräten zu verstärken. Ehrenamtliches Engagement ist sehr wichtig, vor allem aber auch eine Freizeitgestaltung, die Kinder vom zu langen Hocken vor dem Fernseher oder Computer abhält."

Text: Gabriele van de Sand